

# Dokumentation

## Der Mensch im Mittelpunkt - Für eine gerechte Zukunft\*

### Vorwort

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Es ist reich an den wichtigen Ressourcen, die ein Land braucht, um im Wechsel der Zeiten zu bestehen. In Deutschland leben Millionen gut ausgebildete Frauen und Männer, die jeden Tag ihr Wissen und Können in den Dienst des Wohlstandes stellen oder stellen wollen. Sie tun es gerne. Denn ein immer noch hohes Maß an sozialer Sicherheit nimmt vielen die Sorge um die Zukunft. Die positive Einstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Zukunft, ihre erstklassige Bildung, aber auch die moderne, wirtschaftsnahe Infrastruktur, eine funktionierende Gerichtsbarkeit und ein hohes Maß an innerer Sicherheit sind die Basis für eine leistungsfähige Wirtschaft. Deutschland ist die zweitgrößte Exportnation der Welt.

*Auf die Stärke unserer Wirtschaft können auch wir Gewerkschaften stolz sein.* Denn zu dem Wohlstand, der nach wie vor breit verteilt ist, haben wir mit unserer Tarifpolitik und unserem sozial- und wirtschaftspolitischen Engagement erheblich beigetragen. Wir wollen, dass das so bleibt.

In den 90er Jahren aber drohte unser Land in eine Ära sozialer Kälte und wirtschaftlicher Agonie zurückzufallen. Die Ellenbogengesellschaft drohte unsere Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft zu verdrängen. Mit dem Regierungswechsel im Jahre 1998 hat eine Wende hin zu einer neuen Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit begonnen. Dieser Weg muss über den Herbst 2002 hinaus konsequent weiter beschrif-

ten werden. Die reichhaltigen Ressourcen, die unser Land zu bieten hat, sind es wert, ausgebaut und genutzt zu werden.

Was wir für unser Land und die hier lebenden Menschen erreichen wollen, verlangen wir auch für alle Menschen dieser Welt. Die Würde des Menschen darf - ganz gleich wo auf der Welt - nicht angetastet werden. *Wirtschaftliches Handeln muss dem Wohlstand aller Menschen dienen.* Deswegen treten wir dafür ein, dass der Prozess der Globalisierung gerecht gestaltet werden muss.

### Bildung demokratisieren

Von dem Parlament, das die Bürger am 22. September 2002 wählen werden, erwarten wir, dass es die wichtigste Quelle unseres Reichtums in den Mittelpunkt der Politik rückt: das Wissen und Können der erwerbstätigen Menschen. *In den vergangenen zwanzig Jahren wurde zu wenig in die Köpfe der Menschen investiert.*

Zu viel Wissen liegt hierzulande brach oder wird erst gar nicht gefördert. Die Gewerkschaften fordern daher eine breit angelegte Bildungsreform. Noch immer haben Kinder aus Haushalten mit niedrigen oder normalen Einkommen nicht die gleichen Bildungschancen wie der Nachwuchs aus gut situierten Familien. Um Begabungen zu wecken und zu fördern, muss die soziale Benachteiligung im herkömmlichen Bildungswesen - von der Kindertagesstätte über die Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen

\* Sechs Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die nächste Bundesregierung, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Berlin, Mai 2002.

und Universitäten - weiter abgebaut werden. Dazu ist in erster Linie der Ausbau der Ganztagsbetreuung sowohl für Klein- als auch für Schulkinder notwendig.

Ausbildung endet aber nicht mit Lehre, Abitur oder Diplom. In einer sich rasant entwickelnden Welt der Technik erwarten die Menschen, dass sie ihr Wissen und ihre Fertigkeiten ihr Arbeitsleben lang erneuern und auffrischen können. Auch für Erwachsene müssen deshalb Bildungshürden beseitigt werden. *Ältere Beschäftigte, einfach qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitslose dürfen nicht abgehängt werden.* Sie müssen wie Facharbeiter und Akademiker selbstverständlich Zugang zu einem breiten Weiterbildungsangebot haben. Besondere Bedeutung kommt auch Arbeitnehmern aus fremdsprachlichen Familien zu. Wir wollen, dass sie sich nicht nur am Arbeitsplatz, sondern in die Gesellschaft integrieren können. Dazu muss ihnen und ihren Familien ein vielfältiges Angebot an Weiterbildung - von Sprachkursen bis zur Vermittlung von Fachwissen - gemacht werden.

#### **Familie und Beruf vereinbar machen**

Wir Gewerkschaften machen uns nicht nur für eine gute Ausbildung der Menschen stark. Wir setzen uns auch dafür ein, dass alle Menschen eine Chance bekommen, ihr Wissen zum eigenen Wohl, aber auch zum Wohl der Gesellschaft einzubringen. Es gibt Millionen hervorragend qualifizierter Frauen, die nicht erwerbstätig sein können, weil es für ihre Kinder keinen Hort oder keine Ganztagschule gibt. *Noch immer scheitert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an viel zu starren Arbeitszeitangeboten.* In unseren Nachbarländern, der Schweiz genauso wie in den Niederlanden, ist Jobsharing und Teilzeitarbeit viel verbreiteter als in Deutschland. Die Gewerkschaften setzen schon immer auf beschäftigungs-orientierte Arbeitszeitmodelle. Die Erwerbsarbeit muss endlich besser verteilt werden. Das kann kollektiv, also im Wege von Tarifverhandlungen geregelt werden. Aber auch durch ein höheres Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen.

#### **Den Arbeitsmarkt in Schwung bringen**

Eine der größten brachliegenden Ressourcen sind die immer noch rund vier Millionen arbeitslos gemeldeten Menschen und Hunderttausende von Sozialhilfeempfängern. Ihr Know how wird nicht genutzt. Und mit jedem Monat der Erwerbslosigkeit verkümmert es mehr und mehr.

Dieser Missstand ist in erster Linie nur durch eine Wirtschaftspolitik zu beheben, welche die Weichen klar wieder auf Wachstum stellt. Die Steuersätze in Deutschland sind so niedrig, dass den Unternehmern heute deutlich mehr Netto von ihrem Gewinn bleibt. Jetzt müssen die Unternehmer endlich umdenken. *Denn die Gewinne von heute müssen wieder die Investitionen und damit die Arbeitsplätze von morgen werden.*

Aber auch der Staat - Bund, Länder und Gemeinden - muss wieder deutlich mehr investieren, um Schulen, Hochschulen, Straßen, Schienennetz, Gerichte und Polizei auf einen modernen Standard zu bringen. Die Verschuldung eines Landes messen wir nicht allein an den Budgetzahlen der jeweiligen Regierungen. Wenn die Konsolidierungsbemühungen der Finanzminister zu Lasten der Investitionen gehen, dann baut sich eine verdeckte Verschuldung auf. Das hohe Niveau, auf dem wir leben, kann aber kaum noch darüber hinweg täuschen, dass unsere Schulen zusehends schlechter ausgestattet sind, die Hochschulen aus den Nähten platzen und viele öffentliche Einrichtungen nicht mehr modernisiert werden können.

Wenn die Weichen wirtschaftspolitisch auf Wachstum gestellt sind und mehr Arbeitsplätze entstehen, wird auch eine moderne Arbeitsverwaltung Erfolge bringen. Die Gewerkschaften als Mitverantwortliche in der Selbstverwaltung und als Treuhänder der Millionen Beitragszahler stehen dafür, dass die heutige Bundesanstalt für Arbeit zu einem Kompetenzzentrum für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickelt wird. Die Kernaufgaben wie Beratung, Vermittlung, Weiterbildung, aktive Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt die Gewährung von Geldleistungen gehören nach unserem Verständnis unter ein Dach. Wir begrüßen, dass sich auch private Unternehmen in die Vermittlung einschalten. Die dort Beschäftigten laden wir ein, Mitglied in einer Gewerkschaft unter dem Dach des DGB zu werden.

*Sozialhilfeempfänger, die arbeiten können, dürfen nicht länger als Arbeitslose zweiter Klasse behandelt werden.* Wir unterstützen Pläne für eine Kooperation zwischen Sozialämtern und Arbeitsämtern. Doch an der Betreuung, Beratung, Weiterbildung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen darf nicht gespart werden. Diese Reform kann von den Gewerkschaften nur dann akzeptiert werden, wenn das Leistungsniveau von Sozial- und Arbeitslosenhilfe nicht in Frage gestellt wird.

#### **Den Staat handlungsfähig machen**

Wir Gewerkschaften wissen: *Eine moderne, wirtschaftsnahe Infrastruktur ist eine entscheidende Basis unserer Wohlfahrt.* Sie muss ausgebaut und gepflegt werden. Um das Land fit für die Zukunft zu machen, kann es auch notwendig sein, dass der Staat sich höher als geplant verschuldet. Nur wenn der Staat, unterstützt durch eine stärker an Wachstum und Beschäftigung orientierte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, selbst wirtschaftspolitisch verantwortungsvoll handelt, kann er auch das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Staatsbudgets erreichen.

Dazu müssen die Finanzminister und Kämmerer die von ihnen verwalteten Etats mit dem Auf und Ab der Konjunktur atmen lassen. In Abschwungphasen müssen die Sozialausgaben steigen und die Steuereinnahmen sinken können, ohne dass gleich mit dem Rotstift regiert wird. Zugleich muss der Staat in Krisenzeiten durch eigene Nachfrage einen Teil der zurückgehenden Investitionen in der Privatwirtschaft ausgleichen. Das ist im übrigen auch geltendes Recht. Laut Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist jede Regierung dazu verpflichtet, für stabile Preise, eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz, für stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sowie für einen hohen Beschäftigungsstand zu sorgen.

Eine zeitweilig höhere Verschuldung ist aber nur ein Weg, um öffentliche Investitionen zu finanzieren. Aus Sicht der Gewerkschaften müssen auch die Einnahmen des Staates wieder ins Lot gebracht werden, um die Aufgaben der Zukunftssicherung in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur zu finanzieren. Derzeit sind die Etats ausgetrocknet. Außerdem tragen Arbeitnehmer und Verbraucher fast ausschließlich die Last der Finanzierung

der Zukunft. *Der Anteil von Einkommen aus Gewinnen und Vermögen sowie großen Vermögen selbst am Steueraufkommen sinkt dagegen seit Jahren.* Diesen Zustand akzeptieren wir nicht länger. Das Verhältnis muss wieder ausgeglichen werden, damit eine Politik für mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit Erfolg haben kann.

#### **Gesundheitssystem modernisieren**

Genau wie bei der anstehenden Reform der Arbeitsverwaltung werden wir auch beim fälligen Umbau des Gesundheitssystems im Interesse unserer Mitglieder auf Qualität achten. Gesundheit und umfassende Versorgung im Krankheitsfall sind ein hohes Gut. Es dient nicht nur dem Einzelnen. Auch die Wirtschaft profitiert von einsatzbereiten, erhaltenen Arbeitnehmern. *Eine Modernisierung des Gesundheitswesens muss für die Versicherten eine deutlich bessere Qualität bringen.* Die Arbeitnehmer können dies auch erwarten. Denn das deutsche Gesundheitssystem gehört zu den teuersten der Welt, die Leistungen sind aber keineswegs auf höchstem Niveau.

Wir erwarten deshalb, dass nicht nur die Qualität der medizinischen Versorgung verbessert und die Wirtschaftlichkeit erhöht wird. Wir fordern eine Stärkung der Rechte der Patienten gegenüber Ärzten und anderen Anbietern im Gesundheitswesen. Wie bei der Bildung ist die Ressource Gesundheit sozial nicht gerecht verteilt. Auch Kinder aus einfachen Verhältnissen sollen genau so gesund sein und dieselbe Lebenserwartung haben wie Gleichaltrige aus wohlhabenden Familien.

Da sich die Arbeitswelt in den letzten Jahren massiv verändert hat, muss der Kreis der Beitragszahler neu sortiert werden. Immer mehr Erwerbstätige haben keinen klassischen Arbeitsvertrag mehr, sondern arbeiten mehr oder weniger als Freiberufler, externe Dienstleister oder zeitlich befristet auf Vertragsbasis. Diese Menschen brauchen den Schutz eines starken Solidarsystems. Deswegen wollen die Gewerkschaften, bei denen sich auch zunehmend Freiberufler organisieren, die Versicherungspflicht auf Menschen in lockeren Arbeitsverhältnissen ausdehnen. *Unser Ziel ist es, dass aus den heutigen Arbeitnehmer richtige Erwerbstätigenversicherungen werden.*

### Arbeitnehmerrechte ausbauen

Ob sich Arbeitnehmer heute in der Arbeitswelt nicht nur gebraucht, sondern auch verankert fühlen, hängt letztlich von ihrer Möglichkeit ab, über die Bedingungen ihrer Arbeit mitzubestimmen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Tarifverträge. Sie sichern den Beschäftigten auf der einen Seite ein faires Entgelt für ihre Arbeit. Andererseits sind sie eine Garantie für ihre persönliche Freiheit. Die Tarifverträge zu gestalten, muss das Recht von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bleiben. *Die Tarifautonomie ist - wie auch die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen - einer der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.* Dank ihrer starken Vertretungen begegnen sich Arbeitnehmer und Unternehmer auf Augenhöhe. *Wir werden jeden Versuch, die Tarifautonomie aufzuweichen, ent-*

*schieden bekämpfen.* Die Gewerkschaften wollen nicht, dass über Entgelte und Arbeitszeiten in den einzelnen Betrieben gestritten werden muss. Auch sind die Tarifverträge gerade in Punkto Krisenlagen heute schon so flexibel, dass es möglich ist, wirtschaftlich schwierige Zeiten eines Unternehmens zu überbrücken.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, damit unser Land ein moderner, leistungsfähiger und zugleich lebenswerter Standort bleibt. *Dem nächsten Parlament und der von ihm gewählten Regierung bieten wir unsere Zusammenarbeit an.* Dabei setzen die Gewerkschaften auf die Fortsetzung des Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Es kann einen wichtigen Beitrag leisten, um unser Land sozial gerecht zu modernisieren. Dazu muss aber geklärt werden, wie die Verbindlichkeit von Verabredungen gesichert werden kann.